

Krise setzt Behinderten besonders zu

Der Landesverband der Lebenshilfe und die Opposition im Landtag fordern von der Politik mehr Beachtung der Benachteiligten. Viele Familien der Betroffenen sind nach Monaten der Isolation an den Grenzen ihrer Kräfte angelangt.

VON MATTHIAS SCHIERMEYER

STUTTGART. Weil sie für die Öffentlichkeit unsichtbar sind und niemand Lobbyarbeit für sie betreibt, werden sie in keinem Konjunkturpaket bedacht: Die Familien von Behinderten vermissen Respekt und Rückhalt im Corona-Alltag. „Die Eltern und Geschwister von Menschen mit Einschränkungen haben das Gefühl, dass sie vergessen werden und besondere Ängste, wie es mit ihnen weitergeht“, sagt Bärbel Kehl-Maurer, die 2. Vorsitzende der Lebenshilfe Baden-Württemberg. Zur Abwehr einer Infektion würden viele Betroffene seit einem Vierteljahr zu Hause betreut. „Nun kommen die Familien an ihre Grenzen.“ Dringend sollte die Politik über Entlastung nachdenken.

Behörden würden eher darauf achten, „wie sie sich aus der Affäre ziehen können“, klagt Kehl-Maurer. „Man braucht einen sehr langen Atem – den haben die Eltern aber nicht, weil sie erst ihren Alltag bestreiten müssen.“ Die Forderung nach unbürokratischer, rascher Unterstützung hat der Landesverband am 28. Mai dem Sozialministerium, dem Landkreistag und Städtetag mitgeteilt. Konkret erhofft er sich ein Teilhabebudget für Eingliederungshilfeträger, um eine Betreuung durch Dritte an mindestens zehn Stunden pro Woche sicherzustellen. Von einer Reaktion weiß sie bisher nichts.

Viele Eltern hätten unter den Besuchsverboten in den Wohneinrichtungen gelitten, sagt Kehl-Maurer. Zu ihnen gehört Klaus Klenk (Name geändert). Gerade hat seine 23-jährige blinde und geistig behinderte Tochter Maria zwei Wochen Urlaub daheim verbracht. Zuvor durfte sie zweieinhalb Monate ihre Stuttgarter Pflegeeinrichtung nicht verlassen. Mehrfach hat er von draußen beobachtet, wie Maria im ersten Stock am Fenster stand und zu ihm wollte. „Man kann ihr nicht klarmachen, warum das nicht ging.“ Die Betroffenen würden „weggesperrt“, sagt Klenk. Die Pflegeeinrichtung nimmt er in Schutz; doch sollte die Politik „menschlichere Vorgaben“ machen.

Bis Ende Mai fanden für Maria keine Therapien mehr statt. „Psychisch hat sie das Ganze recht gut überstanden“, sagt der Vater. „Sie ist das alte freche Mädel.“ Wegen des schwachen Muskelaufbaus sei sie aber auf den Rollstuhl angewiesen und könne mangels Krankengymnastik jetzt noch schlechter gehen als vor der Krise. Um die Tochter



Das Besuchsverbot traf Behinderte besonders hart.

Foto: imago images/ITAR-TASS/Peter Kovalev

nach dem Urlaub in die Einrichtung zurückzubringen, ließ er einen Covid-19-Test bei ihr machen – für 130 Euro, sofern keine Symptome vorliegen. „Das ist es uns wert, verstehen können wir es aber nicht.“ Die Alternative wäre eine zweiwöchige Mundschutzpflicht in den Gemeinschaftsräumen. Der Sinn von derlei Auflagen lässt sich einem geistig Behinderten kaum vermitteln.

Unzufrieden ist auch die Landtagsopposition: „Familien mit schwerbehinderten Kindern zählen in Baden-Württemberg zu den größten Leidtragenden in der Krise“, sagt SPD-Fraktionsvize Sabine Wölfle. Nahezu alle Unterstützungssysteme seien massiv eingeschränkt oder komplett eingestellt. „Hinzu kommen für mich nicht nachvollziehbare Folgeentscheidungen“, moniert die Inklusionsexpertin. So hätten etliche Stadt- und Landkreise in der Zeit der Schulschließungen die Leistungen für die Schulbegleiter der behinderten Kinder eingestellt – obwohl diese beim Lernen zu Hause hätten helfen können.

„Die Familien von Behinderten kommen an ihre Grenzen.“

Bärbel Kehl-Maurer von der Lebenshilfe des Landes



Foto: Michael Steinert

Auch seien etliche behinderte Kinder – zu ihrem eigenen Schutz – selbst in den Notbetreuungsgruppen der Kitas, Schulen, Werkstätten oder Tagesangeboten nicht aufgenommen worden. „Damit sind oder waren die Eltern zur Rund-um-die-Uhr-Betreuung verpflichtet und völlig ohne Entlastung.“ Die Schutzkonzepte müssten mit besonderen Unterstützungsformen verbunden werden. „An der Stelle habe ich keinen großen Elan bei der Landesregierung gesehen.“